

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 59 (1980)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Grosse Hoffnung für Arbeiter und Angestellte  
**Autor:** Vogel, Paul Ignaz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-347700>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Grosse Hoffnung für Arbeiter und Angestellte

### Analyse der Nationalratswahlen 1979

Nachdem auch im «Profil» eine Diskussion über die politische Wertung des Ausganges der eidgenössischen Wahlen stattgefunden hat und Operationsfelder unserer sozialdemokratischen Fraktion angedeutet beziehungsweise abgegrenzt worden sind, freut man sich über das Erscheinen der wissenschaftlichen Analyse der Nationalratswahlen 1979. Als VOX-Sondernummer der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung und des Forschungszentrums für schweizerische Politik der Universität Bern legt Hans-Peter Hertig seine Untersuchungen vor. Sie beruhen auf der Auswertung einer Repräsentativumfrage bei 1126 Wahlberechtigten der deutschen und französischen Schweiz. Man möge Nachsicht üben, dass ich hier eine Menge von Zahlen aus der Studie von Hans-Peter Hertig wiedergebe, doch scheinen mir diese für eine sachliche Diskussion unerlässlich zu sein.

### *Bürgerliche gewannen, SPS stagnierte*

Die Stimmenanteile haben sich zwischen den Wahlen von 1975 und 1979 bei der FDP von 22,2 auf 24,1, bei der CVP von 21,1 auf 21,5 und bei der SVP von 9,9 auf 11,6 % erhöht, leicht gesunken ist er bei den Sozialdemokraten von 24,9 auf 24,4 %. Als Verlierer figurieren bei den Splitterparteien auch der LdU (6,1/4,1 %) und die NAREP (5,4/2,0 %), als Gewinner weisen sich die Liberalen (2,4/2,8 %), die EVP (2,0/2,2 %) und die PdA/POCH/PSA (3,7/4,2 %) aus. Angesichts dieser allgemeinen politischen Stabilität mit den bedeutendsten Gewinnen bei den bürgerlichen Regierungsparteien kann man sich über die leicht rezessive Stagnation bei den Sozialdemokraten nicht freuen, denn wir haben mehr erwartet, als nur an Ort zu treten. Was tun? Die Analyse der Nationalratswahlen 1979 gibt einige Aufschlüsse, in welcher Richtung künftig Mögliches erreicht werden kann – und wo auch ein weiteres Anrennen schädlich wäre.

Unsere Partei hat in den Nationalratswahlen in folgenden Kantonen 1979 im Vergleich zu 1975 Stimmenanteile gewonnen (1975/1979): ZH (23,9/26,5 %), UR (–/23,0 %), NW (–/10,6 %), FR (25,7/30,7 %), BL (30,3/31,4 %), SG (15,1/18,0 %), GR (15,2/20,5 %), AG (24,2/27,7 %), TG (21,6/22,4 %), TI (13,9/15,2 %), der neue Kanton Jura erreichte 15,2 %. Abwärts ging es mit den SPS-Stimmenanteilen in den Kantonen BE (31,0/30,5 %), LU (13,4/12,5 %), SZ (29,3/22,6 %), GL (64,7/– %), ZG (35,7/30,9 %), SO (31,4/28,4 %), BS stagnierte (33,3/33,3 %), doch vermehrte die PdA/POCH ihre Stimmenanteile von 8,8 auf 15 %. Die Liste der SPS-Verliererkantone setzt sich fort mit SH (37,2/35,3 %), AR (40,1/– %), VD (27,6/24,9 %), VS (17,4/11,6 %), NE (38,9/37,4 %) und GE (22,6/21,5 %).

Eine erste Frage lautet: Wie soll angesichts dieser grossen sprachlichen, kulturellen, geschichtlichen und darum auch politischen Verschiedenheiten ein gemeinsamer Nenner für einen SPS-Wahlkampf gefunden werden, ohne überraschende Bumerangeffekte in einzelnen Kantonen in Kauf zu nehmen?

### *Weniger als die Hälfte wählt*

Die 1979er Wahlen haben für alle Parteien zur peinlichen Erkenntnis geführt, dass erstmals seit Einführung des Proporzwahlsystems weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten (rund 48 %) sich an die Urnen bemühte. Die Frauen, die Jungen und die unteren sozialen Schichten sind innerhalb der Wählerschaft eindeutig untervertreten. Auch die Spekulation über die Gesinnung der Nichturnengänger lässt kaum hoffen. Hans-Peter Hertig: «Nach unseren Daten gibt es in der Gruppe der Nichturnengänger mindestens ebenso viele Unzufriedene wie bei den Urnengängern.» (Seite 6)

Am eifrigsten zur Urne ging folgender, anhand der Untersuchungszahlen zusammengefügt «Idealtyp»: Es ist ein Mann, der 40- bis 42jährig ist, freiberuflich oder als leitender Angestellter oder Beamter tätig ist, er hat ein Hochschulstudium absolviert, er ist verheiratet, reformiert, Städter, lebt länger als zehn Jahre am gleichen Ort, ist mit dem politischen System hoch zufrieden und bringt einer Partei Sympathie entgegen.

Auf der anderen Seite gibt es den «Idealtyp» aus einer Merkmalgruppe, der am ehesten der Urne fernbleibt: Es ist dies eine Frau, 20- bis 24jährig, eine Arbeiterin, sie hat die Primarschule besucht, ist katholisch, verwitwet oder geschieden, kommt vom Lande, aus dem Welschland, wohnt weniger als fünf Jahre am gleichen Ort und ist mit dem politischen System unzufrieden, hat auch keine Sympathien für eine Partei.

Für uns Sozialdemokraten bemerkenswert ist auch die berufsweise Aufgliederung der Urnengänger. Über dem Durchschnitt liegen die Selbständigen/freien Berufe (+ 12 %), die leitenden Angestellten/Beamten (+ 16 %) und die Landwirte (+ 17 %). Berufsschichten, die zu unserem politischen Reservoir gehören, gehen unter dem Durchschnitt zur Urne, nämlich die Angestellten und Beamten in niederen Positionen (–3 %) und die Arbeiter (–6 %).

Parteienmässig sieht es so aus: Die Wahlbeteiligung weist einen Überdurchschnitt von + 21 % bei der CVP, von + 19 % bei der FDP, von + 27 % bei der SVP, von + 15 % bei der SPS auf. Wer also eine Sympathie zu einer grossen Partei hat, geht eher wählen als der Ungewisse. Die POCH weist ein Defizit von –10 % unter dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung auf. Hans-Peter Hertig schreibt: «Einer der Sieger der Wahlen, die POCH, hat ihr Potential am 21. Oktober bei weitem nicht ausgeschöpft. Rund die Hälfte ihrer Anhänger blieb zu Hause, zum Teil darum, weil sie nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen vorzieht.» (Seite 8)

Bedenkenswert für eine künftige Wahlkampfstrategie der SPS ist auch die

Tatsache, dass die Männer + 8 % mehr als der Durchschnitt, die Frauen -8 % unter dem Durchschnitt sich zur Wahlurne begeben. Die Jungen weisen auch Defizite auf, die 20- bis 24jährigen gar -20 %, die 25- bis 39jährigen -9 %. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbeteiligung.

### *Motive des Desinteresses*

Wer ging nicht zur Urne und aus welchen Gründen? Vom Gesamt waren es 28 %, die aus politischem Desinteresse und aus Gleichgültigkeit nicht zur Urne gingen; aus dem Gefühl der politischen Ohnmacht, dass das Wählen doch nichts nütze, blieben 25 % (im Kanton Genf gar 46 %) der Urne fern. Das Wahlprozedere an sich zu kompliziert fanden 24 % der 65- bis 84jährigen und 15 % der Befragten mit blosser Primarschulbildung.

Für uns Sozialdemokraten sieht es nicht gut aus, wenn Hans-Peter Hertig in seiner Analyse aufdeckt: «Weil Angehörige unterer Berufs- und Bildungskategorien grössere Mühe bekunden, im politischen Entscheid ihre eigene Interessenlage zu erkennen, haben Parteien, die sich hauptsächlich auf die Arbeiterschaft stützen, auch mehr Mühe, ihre Leute zum Urnengang zu motivieren.» (Seite 12)

Wie setzt sich die Wählerschaft der SPS zusammen? Es sind 60 % Männer und 40 % Frauen, 61,0 % Reformierte und 29,6 % Katholiken, 4,2 % 20- bis 24jährige, 25 % 25- bis 39jährige, 53,8 % 40- bis 64jährige und 17,1 % 65- bis 85jährige. Beruflich sieht die SPS-Wählerschaft wie folgt aus: 5 % Selbständigerwerbende, 5,6 % leitende Angestellte/Beamte, 33,7 % Angestellte/Beamte und 35,7 % Arbeiter, 7,7 % Landwirte. 69,4 %, das heisst mehr als zwei Drittel der SPS-Wähler, sind Arbeiter, einfache Angestellte oder Beamte. Für sie ist die SPS die grosse Hoffnung. Diese Zahlen zeigen auch, wie wenig politisch relevant es zum Beispiel sein kann, eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik zu entwickeln.

### *Stammwähler und Wechselwähler*

Wo der starke Rückhalt der SPS zu suchen ist, sagt Hans-Peter Hertig: «Rund die Hälfte der Angestellten öffentlicher Dienstleistungsbetriebe stimmte für die SPS, lediglich 17 % für die CVP und nur gerade 8 % für die FDP.» (Seite 15) Somit ist das Wählerreservoir für die SPS in jenen Kreisen zu suchen, die vom Förderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe gewerkschaftlich erfasst werden.

Neun von zehn Wählern, die 1975 zur Urne gingen, sind 1979 ihrer Partei treu geblieben. Der Wahlsieger SVP konnte seine potentiellen Wähler ausserordentlich hoch mobilisieren und brachte auch Erstwähler an die Urne, die FDP als weiterer Wahlsieger hat viele Wähler an andere Parteien verloren, doch gewann sie mehr Zuzüger aus anderen Parteien und auch Wähler, die 1975 parteimässig unentschlossen waren. Hans-Peter Hertig interpretiert unsere Situation so: «Für die relative Wahlniederlage

der SPS scheint vor allem die Tatsache verantwortlich zu sein, dass sie weniger Stammwähler an die Urne brachte als die Koalitionspartner. Für sie hat sich die gesamthaft niedrige Stimmbeteiligung mit der ausgeprägten Unterbeteiligung unterer sozialer Schichten ohne Zweifel am negativsten ausgewirkt.» (Seite 17)

Bei den Nationalratswahlen 1979 hat rund ein Drittel aller Wähler mit Sympathie zu einer bestimmten Partei mit dem Panaschieren von Kandidaten aus einer anderen Partei Ideologien vermischt. Im Vordergrund der Wahlen 1979 standen die zu wählenden Personen; über die Hälfte der Wähler haben zudem kumuliert.

### *Parteisympathie und Politik der Parteien*

Die Vorzüge der SPS sahen unsere Sympathiewähler zu 15 % im politischen Leistungsbereich (Soziales, Finanzen); diese Wähler sind offenbar vor allem stark beeindruckt von den Leistungen unserer Parlamentarier und der Behörden. Mehr als die Hälfte der SPS-Sympathisanten, 51 % nämlich, machten bei der Wahl einen Gruppenbezug, sie fühlten sich von der SPS angesprochen, weil diese Partei ihre Klassen/Schicht/Gruppeninteressen vertritt, in der FDP-Wählerschaft sind es nur 6 %, die einen entsprechenden Gruppenbezug sehen, bei der SVP immerhin 35 %. 12 % der SPS-Wähler gingen zu uns wegen der politischen Richtung/Ideologie, 35 % (!) der FDP-Wähler entschieden sich aus obgenannten Motiven für ihre Partei.

Einmal mehr wird deutlich, dass der Fels der SP-Wählerschaft die Gewerkschaften sind. Gehen wir bei den Sympathiegründen für die SPS weiter, so lassen sich nur 2 % vom politischen Stil (kämpferisch/besonnen) unserer Partei beeindrucken, bei der FDP sind es 10 %; der ewige Ruf nach einer «mehr kämpferischen SPS» kurz vor dem Wahlgang erweist sich somit als ein Schlag ins Wasser. Besser wirkt sich offenbar der dauernde zähe Kampf unserer Parlamentarier und Behördenmitglieder während Jahren und Jahrzehnten aus. Es sind, wie oben beschrieben, die guten Leistungen, welche 15 % der SPS-Sympathisanten überzeugen. Nur 4 % wählen die SPS, weil sie glauben, unsere Partei vertrete die Allgemeinheit und diene dem Allgemeinwohl, und 2 % lassen sich von unpolitischen Attributen der SPS überzeugen, also gleich wenig wie jene, die sich am politischen Stil begeistern: eine erfreuliche Feststellung und ein Beweis für die politische Mündigkeit unseres Volkes, das sich nicht von Äusserlichkeiten blenden lässt.

Erstaunlich ist auch die Feststellung, dass 14 % der SPS-Wähler nicht wissen, welche Vorzüge die von ihnen gewählte Partei aufweist. Überhaupt trifft sich im Wahlverhalten einiges Irrationales. Hans-Peter Hertig sagt: «Rund ein Drittel der CVP-, FDP- und SPS-Anhänger ist nicht in der Lage, die offizielle Position ihrer Partei in zwei wichtigen Streitfragen der letzten Jahre sowie in einer ideologischen Grundsatzfrage festzulegen.)



(Seiten 22 ff.) Zum Thema A-Werke wussten 22 Prozent der SPS-Wähler nicht, welches die Parteiposition war, und ganze 9 % standen im Widerspruch dazu. Zum Politstreit «Staatseinfluss» (FDP: Weniger Staat/SPS: Mehr Staat) erkannten 24 % unserer Wähler nicht die offizielle Parteilinie, und 9 % standen wiederum im Widerspruch zur offiziellen Parteipolitik. Bei der FDP sieht es in dieser Streitfrage ähnlich «unüberzeugt» aus: 22 % der FDP-Sympathisanten kannten nicht die offizielle FDP-Position, und 7 % standen im Widerspruch zur offiziellen Parteiposition. War denn diese Frage so wenig menschennah? Auch konnte die SPS 28 % der Wählenden ihren Standpunkt über den Schwangerschaftsabbruch nicht plausibel machen, 7 % standen in Opposition zum offiziellen Standpunkt.

In hohem Masse beeinflusst wurde der Wahlentscheid durch die Kandidaten. Im Vordergrund standen zu 34 % die persönliche Leistung des Kandidaten in bisherigen politischen Ämtern, zu 25 % der Charakter und die Persönlichkeit, zu 21 % die politische Richtung, die Ideologie und die Parteizugehörigkeit.

### *Wahlkampf, ein Schlag ins Wasser*

Der Bedeutung des Wahlkampfes ist Hans-Peter Hertig nachgegangen: «Von den Wählern der einzelnen Parteien erkannten durchschnittlich 40 % ,ihren‘ Slogan . . . Was sind die Ursachen dieses in Anbetracht der Werbeanstrengungen doch so erstaunlich tiefen Bekanntheitsgrades? Ist eine falsche Werbestrategie gewählt worden, oder kommen die intensiven Bemühungen in der letzten Woche vor der Wahl ganz einfach zu spät? Wir ziehen das zweite als Begründung vor.» (Seiten 29 ff.) 60 % aller Wähler haben sich schon mehrere Wochen vor dem Urnengang entschieden. Dies trifft auch für die Wechselwähler zu. Nur 3 % der Gesamtwählerschaft wechseln weniger als zwei Wochen vor der Wahl die Meinung.

Die SPS wollte die Wählerschaft mit dem Slogan «Freiheit für uns . . . heisst auch Arbeitsplätze, Lehrstellen, soziale Sicherheit, gesunde Umwelt für alle» ansprechen. Von der Gesamtwählerschaft haben 30 % die SPS an diesem Slogan erkannt, 19 % haben die Partei verwechselt, 51 % wussten nicht, von wem dieser Slogan stammte. Auch unsere Parteiwähler wussten mit dem Slogan nicht besonders viel anzufangen. 43 % erkannten die Urheberschaft des Slogans, 12 % haben die Partei verwechselt, und 45 % wussten als SPS-Wähler nicht, welches der SPS-Slogan war. Bei der SVP, CVP, dem LdU und bei der FDP sieht das Bekanntheitsgradbild prozentual sogar noch etwas schlimmer aus. Dennoch können auch wir Sozialdemokraten das hinter die Ohren schreiben, was Hans-Peter Hertig meint: «Der potentielle Wähler fühlt sich von der Informationsflut überrannt, überfordert und vergewaltigt. Er schaltet ab oder lehnt sich auf; Überzeugungsversuche in letzter Minute werden nicht mehr akzeptiert.» (Seite 31)

Nun ist der Wahlkampf vorbei, unsere Volksvertreter haben die vier

mühevollen Jahre Arbeit auf sich genommen. Was erwartet der SPS-Wähler vom Gewählten? 6 % wollen, dass der/die Nationalrat/rätin die Interessen der eigenen Berufsgruppe vertritt, 8 % den Kanton und die Region, 12 % die politische Richtung und 74 % die Allgemeinheit und ihr Allgemeinwohl. Hans-Peter Hertig: «Bei der Gewichtung schichtspezifischer Interessen schliesslich stechen zwei Merkmalgruppen heraus, die ansonsten wenig Gemeinsamkeiten aufweisen: die Bauern und die PdA-/POCH-Sympathisanten. Wie den Westschweizern, fällt auch diesen Minoritäten offensichtlich schwer, sich mit dem zu identifizieren, was dem Gros der Wähler als Allgemeinwohl erscheint.» (Seite 34)

### *Diskussion jetzt fortsetzen*

Guter Rat ist teuer, und es wäre begrüssenswert, im «Profil» würde jetzt, nicht erst in drei Jahren die Diskussion fortgeführt, wie die Wahlen 1983 vorzubereiten sind.

Unser eindeutiges Handicap ist die niedrige Stimmbeteiligung, die, was zu befürchten ist, noch weiter absinken wird. Frauen und Jugendliche wählen überdurchschnittlich wenig, sie bleiben mehr der Urne fern als der Durchschnitt. Es sei den Frauen überlassen, der Frage nachzugehen, wie dieser Tatsache zu begegnen ist.

Ich überlege mir auch, wie wir den von der modernen Arbeitswelt und der stark arbeitsteiligen, darum entfremdend wirkenden Zivilisation verunsicherten Jugendlichen begegnen sollen. Etwa mit einer Summe von Aufzählungen, was alles bei uns schlecht ist? Mit ständigen Negativwertungen, einem opportunistischen Eingehen auf die jugendliche Negativstimmung «Scheisse», «Mir stinkt's», «Es nützt doch alles nichts»?

Oder wollen wir nicht unser hohes sozialdemokratisches Ideal so hinstellen, dass es klar leuchtet, zum Anziehungspunkt wird für die Jugend, die Ideale sucht wie noch nie zuvor?

Diesen wenigen Fragen schliesse ich meine Überzeugung an, dass es nötig sein wird, vermehrt durch die Partei praktische Lebenshilfe zu verwirklichen (Begrüssung der ortsfremden Zuzüger, Rechtsberatung, Steuererklärung, Babysitting, Aufgabenhilfe, Altershilfe, Sozialberatung usw.). Wir müssen unser Ideal in die Wirklichkeit umsetzen, gewiss, das ist sehr schwer, und es genügt nicht, dieses Ideal an einem Marroni- oder Suppenstand kurz vor den Wahlen als politische Jahrmarktfahrer in Broschüren und Flugblättern darzulegen. Auch von schulhaft-belehrender Bildungsarbeit verspreche ich mir nicht viel, ebensowenig wie von indoktrinationsgeladenen Abend- und Sektionsveranstaltungen. Das Leben ist einfach und schwierig, aber es ist menschlich – und nicht theoretisch. Die Menschen sind abends müde, sie erleben zuviel Stress am Arbeitsplatz, darum ist Staatsbürgerkunde gut, vorgelebte Solidarität aber besser.